

# Übersichten

Mai 1999

---

## Außenpolitik

---

### 1 Die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad

Am 7. Mai 1999 wurde das chinesische Botschaftsgebäude in Belgrad durch Lenkraketen der NATO vernichtet. Drei chinesische Journalisten kamen dabei ums Leben, 20 wurden verwundet. (Näheres dazu s. Thema in diesem Heft) -we-

### 2 Bundeskanzler Schröder in China

Der Schröder-Besuch sollte ursprünglich vom 12. bis 14. Mai dauern, wurde unter dem Eindruck der Bombardierungen der chinesischen Botschaft in Belgrad durch die NATO aber auf einen Tag reduziert. Die Vertreter der deutschen Wirtschaft und Wirtschaftsminister Müller blieben zu Hause. Auch die zwölf bilateralen Verträge, die zur Unterschrift bereitlagen, blieben während des eintägigen „Arbeitsbesuchs“, der sich fast nur mit dem Kosovo-Thema befaßte, unbeachtet.

Die Verträge sollten Probleme wie das unzuverlässige Rechtssystem, die Dis-

kriminierung ausländischer Unternehmer, die willkürliche Lizenzvergabe für Dienstleistungen und die hohen Zölle für einzelne Produktgruppen bereinigen helfen.

Auch Diskussionen zu der Frage, wie sich das deutsche Außenhandelsdefizit gegenüber der VR China reduzieren läßt, gab es angesichts der Überlagerung des Kanzlerbesuchs durch die Kosovo-Krise nicht.

Bei seinem Besuch am 12. Mai in Beijing entschuldigte sich Schröder im Namen der deutschen Regierung und im Namen von NATO-Generalsekretär Solana bei der VR China für die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad. Er sicherte zu, es werde eine genaue Untersuchung des Vorfalles geben. Jiang Zemin betonte seinem Gast gegenüber, daß China, „konfrontiert mit dem barbarischen Akt der US-geführten NATO ein Gefühl des bitteren Hasses gegen den Feind empfinde“ und daß es deshalb zu „Protestwellen in ganz China komme“. Das chinesische Volk blicke auf eine lange zivilisatorische Tradition zurück und habe immer allergrößten Wert auf die Bewahrung des Friedens in der Welt gelegt. „Die Deutschen und die Chinesen sind hart arbeitende und intelligente Völker, Deutschland als eines der gegenwärtig führenden Wirtschaftsmächte besitzt Einfluß in Europa und in der Welt. China will seine gegenseitig nützlichen und kooperativen Beziehungen mit Deutschland fortsetzen.“ (XNA, 14.5.99)

Auf Einzelheiten zur politischen Lösung des Kosovo-Konfliktes wollten die chinesischen Gastgeber nicht eingehen, solange die NATO ihre Bombardierung fortsetze.

Beide Seiten kamen jedoch darin überein, daß eine politische Lösung des Kosovo-Konfliktes im Rahmen des UNO-Sicherheitsrats zu suchen sei.

Bei dem vorausgegangenen Gespräch mit Ministerpräsident Zhu Rongji hatte dieser verlangt, daß der Bombenangriff auf die VRCh-Botschaft gründlich untersucht werde. Es sei „schwer zu glauben“, daß die Bombardierung auf einem Irrtum beruhe. (XNA, 13.5.99) -we-

---

## Innenpolitik

---

### 3 Drei-Schluchten-Damm: Umsiedlungspläne revisionsbedürftig - Kosten außer Kontrolle

Auf einer vom Staatsrat veranstalteten zweitägigen Konferenz (19.-20. Mai), die sich mit Umsiedlungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Drei-Schluchten-Staudamm befaßte, äußerte Ministerpräsident Zhu Rongji erstmals öffentlich Bedenken gegenüber der Durchführbarkeit des Projektes in seiner bisherigen Form. Zhus Bedenken wurden auch in der *Volkszeitung* (RMRB, 24.5.1999) wiedergegeben, in der seit 1987 praktisch keine kritischen Artikel zu dem Staudamm-Projekt mehr zu finden waren.

Insbesondere forderte Zhu eine Revision der Relokationsmaßnahmen für die Bevölkerung in der betroffenen Region. In den vergangenen sechs Jahren seit 1992 sind insgesamt offenbar nur 150.000 Menschen umgesiedelt worden. Die Umsiedlung erweist sich in der Praxis als viel schwieriger als von der Regierung Li Peng noch vor wenigen Jahren behauptet worden war. Zhu deutete an, daß die laufenden Planungen für die Umsiedlung von 550.000 Menschen bis zum Jahr 2003 sich in der bisherigen Form nicht realisieren ließen. Es müßten neue Wege und neue Zielregionen für den Bevölkerungstransfer gefunden werden. Auch dürften marode Unternehmen, die nicht über konkurrenzfähige Produkte verfügten, keinesfalls mit staatlicher Hilfe an einen neuen Standort verlegt werden. Solche Unternehmen müßten vielmehr konsequent geschlossen werden.

Auch die Vorwürfe massiver Korruptionsdelikte gegen Ingenieure und Inspektoren des Staudamm-Projekts kamen zur Sprache. (IHT, 24.5.1999; SCMP, 27.5.1999) In Beijinger Regierungskreisen ist von einer Kostenexplosion die Rede: Das Staudamm-Projekt werde das Drei- bis Vierfache der ursprünglich veranschlagten Mittel (90 Mrd. Yuan RMB) verschlin-